

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0159/2011
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Jugendhilfeausschuss	10.05.2011	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Mitteilungen des Bürgermeisters

Inhalt der Mitteilung

a) Fühlfragen 02.05. – 22.07.2011

In der Zeit vom 02.05. bis 22.07.2011 steht die Fühlfragenausstellung (wie alle zwei Jahre) wieder den Bergisch Gladbacher Kindern der dritten und vierten Schuljahre zur Verfügung.

„Fühlfragen“ ist ein Mitmach-Parcour mit 11 Spielstationen zum Ausprobieren, Entdecken und Lernen durch sinnliches Erleben. Über eine Auseinandersetzung mit den Themen „Körper und Gefühle“, „Selbstvertrauen und Konfliktlösung“ und „Entspannung“ sollen die Mädchen und Jungen in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden. Sie sollen befähigt werden, ihre eigenen Grenzen wahrzunehmen und zu verbalisieren, die Grenzen Anderer zu respektieren und in problematischen Situationen ihre Handlungsmöglichkeiten erweitern. Da wir mit Prävention nicht früh genug anfangen können (beispielsweise beginnt in den meisten Fällen der sexuelle Missbrauch bereits zwischen dem 5. und 10. Lebensjahr, ein Drittel sogar im Kindergartenalter) wendet sich die Ausstellung gezielt an Grundschulen.

Die beteiligten Lehrerinnen und Lehrer lernen im Rahmen einer Informationsveranstaltung die Ausstellung vor dem Besuch mit den Kindern kennen, erhalten Hintergrundinformationen und pädagogisches Begleitmaterial. Für die Eltern wird, ebenfalls bevor ihre Kinder die Ausstellung besuchen, ein Elternabend angeboten.

Die Präventions- und Anlaufstelle des Kinderschutzbundes Rheinisch-Bergischer Kreis e.V., der Präventionsfachdienst Süd der Kath. Erziehungsberatung e. V. und

die Stadt Bergisch Gladbach sind verantwortlich für die Durchführung in Bergisch Gladbach. Der Verein „BÜRGER FÜR UNS PÄNZ“ unterstützt die Durchführung in Bergisch Gladbach finanziell.

b) Sachstand zur angekündigten Erhöhung der Landesförderung für Plätze im Offenen Ganztag

Das Land hat angekündigt, seine Förderung des Außerunterrichtlichen Angebots an Offenen Ganztagsgrundschulen zu erhöhen. Die Erhöhung der Kindpauschalen soll wie folgt aussehen:

- 85 € (von 615 € auf 700 €) bei Inanspruchnahme des 0,2-Lehrerstellenanteils,
- 115 € (von 820 € auf 935 €) bei Kapitalisierung des 0,1-Lehrerstellenanteils,
- 170 € (von 1.230 € auf 1.400 €) für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf bei Inanspruchnahme des 0,2-Lehrerstellenanteils und
- 230 € (von 1.660 € auf 1.890 €) für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf bei Kapitalisierung des 0,1-Lehrerstellenanteils.

Die höhere Landesförderung sollte bereits ab dem 01.02.2011 gewährt werden. Wegen des Urteils des Landesverfassungsgerichtshofs über den Nachtragshaushalt des Landes für 2010 ist dies nicht erfolgt. Es bleibt abzuwarten, wann die Landesregierung ihre Absicht haushaltswirksam umsetzt bzw. umsetzen kann.

c) Jahresbericht 2010 Jugendberatung: Zeitplan / Stand der Umsetzung

Für junge Menschen, die im Prozess der beruflichen und sozialen Integration in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, ist das Angebot der Jugendberatung ein passgenaues und wertvolles Angebot. Die Konzeption der Jugendberatung ist sozialpädagogisch, entwicklungsbegleitend und ganzheitlich orientiert. Neben Informationsgesprächen, Einzelberatungen und Entwicklungsbegleitungen liegt ein zweiter Schwerpunkt der Arbeit auf präventiven Angeboten in Form von Projektarbeit insbesondere an und mit Schulen.

Als Anlage ist das Kapitel 1 des Tätigkeitsberichtes beigelegt. Die wichtigsten Ergebnisse des Berichtes sind dort auf einer Seite zusammengefasst. Der gesamte Bericht kann auf der Internetseite der Arbeiterwohlfahrt unter der Adresse

<http://www.awo-jugendberatung.de/download.html>

heruntergeladen werden.

d) Weiterentwicklung der Sozialpädagogischen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsmaßnahmen

Aktueller Sachstand

Seit Januar 2011 konnten mit allen Schulen Gespräche zur Einschätzung des quantitativen und qualitativen Bedarfes an ganztägiger Betreuung an den weiterführenden Schulen für Schüler/innen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres geführt werden (Werkstattgespräche I).

Ein Ergebnis ist, dass auf Grund der Veränderungen im Familienalltag, der zunehmenden Erwerbstätigkeit beider Elternteile und der Zunahme des Anteils an Alleinerziehenden alle Schulen einen grundsätzlichen **Bedarf** an Betreuung über die reine Übermittagbetreuung (Mittagspause) hinaus als gegeben ansehen.

Weitere Vorgehensweise

Bis Mitte Mai wird in verschiedenen Gesprächen mit den Schulen und den freien Trägern der Jugendhilfe über die Ausgestaltung und die mögliche Finanzierung der ganztägigen Betreuung beraten:

- Beratung in der Schulleiterbesprechung
- Beratung in der Trägerkonferenz Offene Kinder- und Jugendarbeit
- Werkstattgespräche II mit Schulen und freien Trägern (Priorität: Schulen, die nach den Sommerferien starten sollen)
- Beratung im Interfraktionellen Arbeitskreis der jugendpolitischen Sprecher/innen der Fraktionen

Ziel:

Einbringung einer beschlussfähigen Vorlage im JHA am 05.07.2011, am 12.07.2011 im ABKSS und am 19.07.2011 im Rat. Damit würde jenen Schulen und ihren jeweiligen Partnern, die nach den Sommerferien mit einem Ausbau des Programms beginnen können, die Möglichkeit eröffnet, erste Schritte (z.B. Personalbeschaffung) für eine Umsetzung soweit dies möglich ist, noch in den Sommerferien in die Wege zu leiten.